

Die FDP in der Wende*

Joachim Scholtyseck

Eine der zentralen Fragen der Ereignisse des Jahres 1982 lautet, ob es eher wirtschaftspolitische oder außenpolitische Gründe waren, die den Bruch der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und den Wechsel der FDP zu einer unionsgeführten christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl herbeigeführt haben. Die Forschung hat hierzu bislang unterschiedliche Antworten gegeben. Während etwa Werner Link und Wolfgang Jäger, aber auch Klaus Hildebrand und Andreas Rödder die außenpolitischen Gründe betont haben, sehen beispielsweise Andreas Wirsching und jüngst Bernd Faulenbach, zumindest von der Tendenz her, eher die innen- und wirtschaftspolitischen Aspekte als Ursachen für das fundamentale Zerwürfnis.¹ Diese Leitfrage soll an dieser Stelle für die FDP beantwortet werden: Waren für die Freidemokraten wirtschaftspolitische, außenpolitische oder – möglicherweise ganz profan – wahltaktische Gesichtspunkte beim Koalitionswechsel ausschlaggebend?

Am Ende der 1970er Jahre war der Fortschrittsoptimismus der Ära Brandt bereits lange verfliegen. Träumereien und Visionen waren beendet. Nach dem Ende des „roten Jahrzehnts“² trat an die Stelle des Begriffs „Reform“ die Formel der „Stabilität“. Die harten Folgen von finanzieller Krise und sozialpolitischer Überbürdung blieben jedoch mit wachsenden Staatsausgaben, Staatsverschuldung und konstant hoher Inflation spürbar. 1975/76 erlebte die Bundesrepublik die bis dahin schärfste Rezession ihrer Geschichte mit einem real um 1,6 Prozent schrumpfenden Bruttosozialprodukt und einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf über eine Million. Die Internationalisierung der Produkt- und Finanzmärkte, die stagnierende und abnehmende Abgabebereitschaft und das Zusammenwirken von „anspruchsvollen Sozialleistungen, überwiegender Finanzierung aus Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer und ihrer Arbeitgeber, weit ausgebautem arbeitsrechtlichem Schutz der Beschäftigten

* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 24. November 2011 im Bundesrat in Bonn.

1 Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982. Bonn 2011, bes. S. 723. Zu den zeitgenössischen Interpretationen Detlef Lehnert: Die sozial-liberale Koalition. Vom „historischen Bündnis“ zum wahltaktischen Bruch?, in: Gert-Joachim Glaebner u. a. (Hg.): Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Opladen 1984, S. 15–31.

2 Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution. 5. Aufl. Frankfurt/Main 2002.

und relativ geringer Lohnspreizung⁴³ forderten bei reduziertem Wirtschaftswachstum unerbittlich ihren Tribut. Ein von der Bundesregierung im September 1974 aufgelegtes Konjunktursonderprogramm führte 1976 nur zu einem leichten Aufschwung. Deutschland wurde jedoch von seinen Partnern gleichsam in die Rolle der europäischen Konjunkturlokomotive gedrängt. Vor allem wurde nun die Theorie der „supply-side economics“ aufgegriffen, um mit angebotsorientierten Maßnahmen die Ertragskraft der Unternehmen zu stärken und die Investitionsneigung zu fördern. Obwohl unter Schmidt das „Modell Deutschland“⁴⁴ als europäisches Vorbild propagiert wurde, zeigte das ökonomische Krisenmanagement der sozial-liberalen Koalition wenig Früchte. Zu Anfang der 1980er Jahre war das einstige „Wirtschaftswunderland“ Deutschland durch Ölkrise und Rezession, wachsende Kosten für den Sozialstaat, hohe Staatsverschuldung und die starren Regelungen des Arbeitsmarkts zum „ökonomischen Problemfall“ geworden.⁵ Zwar war der „Zenit der staatlichen Wohlfahrtsproduktion“ unverkennbar seit langem überschritten,⁶ aber die Sozialdemokraten wollten von den keynesianischen Instrumenten nicht lassen, während sich die FDP von der Globalsteuerung bereits verabschiedet hatte. Schon unter Schmidt mussten daher aus reiner Notwendigkeit sozialpolitische Einschnitte vorgenommen werden – ohne dass dies vorerst Konsequenzen gehabt hätte. Da diese fundamentalen Meinungsunterschiede zwischen den Koalitionspartnern aber nicht ausgesprochen werden konnten, blieben diese Kardinalfragen eine Zeit lang noch in einer für alle Seiten unbefriedigenden Weise unbeantwortet, was in einen zunehmenden Vertrauensverlust mündete: Selbst als 1977 an die Stelle von Hans Friedrichs als Bundeswirtschaftsminister mit Otto Graf Lambsdorff ein Exponent einer dezidiert marktliberalen Wirtschaftspolitik trat, änderte dies an der ökonomischen Schiefelage zunächst kaum etwas. Alles schien „mehr oder weniger im gleichen Schlendrian weiterzugehen“⁷. Auch die öffentliche Regierungsarbeit schien dem Wähler kaum noch vermittelbar: Dies gelinge den Christdemokraten besser, so klagte Außenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Spiegel-Interview 1980, denn die CDU rede

-
- 3 Manfred G. Schmidt: Der Sozialstaat in Deutschland – ein Sanierungsfall?, in: Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hg.): Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion? Göttingen 2007, S. 96–109, hier S. 100.
 - 4 Andreas Rödder: Das „Modell Deutschland“ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), S. 345–363.
 - 5 Stefan A. Schirm: Deutschlands wirtschaftspolitische Antworten auf die Globalisierung, in: Hans-Peter Schwarz: Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. München 2008, S. 405–443, hier S. 405.
 - 6 Hans Günther Hockerts: Im Zenit der staatlichen Wohlfahrtsproduktion: Die Reformära 1966–1974, in: Ders.: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945. Göttingen 2011, S. 181–204.
 - 7 Tim Schanetzky: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982. Berlin 2007, S. 230.

über Sachen, „die sie 1950 gemacht hat, während die sozial-liberale Koalition eigentlich immer über das redet, was sie noch nicht gemacht hat.“⁸

Nachdem die SPD/FDP-Regierungskoalition die Bundestagswahl im Herbst 1980 gewonnen hatte, ging die FDP zunächst ohne personellen Wechsel auf Ministerebene in die Legislaturperiode. Neben Hans-Dietrich Genscher als Außenminister, Gerhart Baum als Bundesminister des Innern und Josef Ertl als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war auch Lambsdorff wieder mit von der Partie. Während dies zunächst nach Kontinuität aussah, täuschte das Bild der Harmonie. Schon die Begleitumstände der Regierungsbildung verrieten eine „merkwürdig gereizte Atmosphäre“, so dass zwischen den Koalitionspartnern gar bereits „Vergiftungserscheinungen“⁹ diagnostiziert wurden. Genscher selbst mahnte an, den Wählerauftrag nicht misszuverstehen: „Bestimmte Gruppen“ innerhalb der SPD müssten wissen, dass es „eine Korrektur der Wahlentscheidung nach links über die Köpfe der Wähler hinweg“ mit der FDP nicht geben werde.¹⁰

Vor allem Lambsdorff präsentierte sich fortan als harter Sparkommissar, der auf Kosten des Koalitionspartners eine radikale Haushaltssanierung ankündigte. Die offensichtliche Ohnmacht der Regierung angesichts der großen Probleme am Arbeitsmarkt, deren Lösung auf die lange Bank geschoben wurde, ließ nun „neoliberale Rezepte [...] erneut attraktiv erscheinen. Nicht Nachfrage- und Angebotspolitik, sondern Angebotspolitik sollte die Vollbeschäftigung wieder einführen.“¹¹ All dies blieben freilich Ankündigungen ohne große Erfolge. An der wachsenden Arbeitslosigkeit und der weiter ansteigenden Staatsverschuldung änderte sich nichts. Die Zahlen für den Haushalt blieben „deprimierend“,¹² und es war unverkennbar, dass die Bundesrepublik nach 1967 und 1975 in ihre dritte Rezession rutschte.¹³ Das Modell der keynesianischen Konjunkturpolitik, so hat es Werner Plumpe ausgedrückt, war damit auch in der Bundesrepublik „definitiv gescheitert.“¹⁴ Die Bundesbank, in erster Linie an der Stabilisierung des Geldwerts interessiert, hielt an ihrer konservativen Geldpolitik fest und war nicht bereit, teure Konjunkturprogramme durch das Anwerfen der Druckerpresse zu bedienen.

8 Der Spiegel, Nr. 21, 19. Mai 1980.

9 Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt. Stuttgart u. a. 1987, S. 191f.

10 Zitiert nach ebd., S. 192.

11 Werner Abelshäuser: Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im „langen 20. Jahrhundert“, in: Reinhard Spree (Hg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert. München 2001, S. 117–140, hier S. 135.

12 Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 188.

13 Vgl. Gérard Bökenkamp: Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969–1998. Stuttgart 2010, S. 200.

14 Werner Plumpe: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. München 2010, S. 98.

Außenpolitisch ächzte es ebenfalls seit langem erheblich im koalitionspolitischen Gebälk. Das tiefe Zerwürfnis zwischen Schmidt und dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter war noch in guter Erinnerung,¹⁵ und der Regierungswechsel in den USA zu Ronald Reagan hatte den Konfliktstoff nicht gemindert, zumal besonders die SPD-Linke nun auf Konfrontationskurs ging, die Partei inzwischen „tief gespalten“ war und die Regierungsfähigkeit ebenso wie die Einheit der Partei auf dem Spiel zu stehen schienen.¹⁶ Die andauernden Dissonanzen über die Berlin-Politik, die Genfer Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Europa (MBFR) und nicht zuletzt der NATO-Doppelbeschluss boten immer wieder Anlass für Diskussionen, in denen sich in Nuancen eine abweichende Haltung der FDP andeutete.¹⁷ Die tiefe Krise der Koalition wurde deshalb dadurch akzentuiert, dass in der Sicherheits-, Außen- und Deutschlandpolitik der Graben zwischen den Partnern immer tiefer wurde, und es war die FDP, die am deutlichsten die Finger in die Wunde legte.

Dies bedeutete jedoch keineswegs, dass die FDP bereits eindeutig „Klar zur Wende“¹⁸ war: Weite Teile ihrer Mitglieder hielten trotz des offenkundigen Endes der Détente geradezu krampfhaft an der eingeschlagenen Marschroute der Entspannungspolitik fest, selbst als mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 offenkundig wurde, dass die Kluft zwischen Entspannungserwartungen und harter außenpolitischer Realität letztlich unüberbrückbar war.¹⁹ Ihnen galt die Rüstungskontrolle als ein eigener Wert,²⁰ und dies machte sie für manche Illusion empfänglicher. Viele Freidemokraten erlagen dem „Schein

15 Klaus Wiegrefe: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Berlin 2005.

16 Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 718 und 720.

17 Friedhelm Boll/Jan Hansen: Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. München 2011, S. 203–228, die allerdings die Doppelbeschlusskontroverse nur „randständig“ (S. 223) für den Koalitionswechsel der FDP bewerten; vgl. hingegen anders argumentierend Tim Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: ebd., S. 95–122. Daneben auch Andreas Wirsching: Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67–77.

18 Vgl. grundsätzlich Johannes Merck: Klar zur Wende? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980 bis 1982, Berlin 1989, und bereits Ders.: „Klar zur Wende“? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn, 1980–1982, in: Politische Vierteljahrschrift 28 (1987), S. 384–402.

19 Agnes Bresselau von Bressendorf: Hans-Dietrich Genscher und das Ende der Détente, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 23 (2011), S. 257–270, hier S. 268.

20 Vgl. Andreas Rödder: Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg, S. 123–136, hier bes. S. 130–132.

des Wandels durch Annäherung“,²¹ zumal es die DDR verstand, die euphorischen Erwartungen der westdeutschen Entspannungsbefürworter vor allem in der SPD auszunutzen, die ihre Ostpolitik weiterzuführen wünschten und für diese Illusion einer „Sicherheitspartnerschaft“ „erhebliche konzeptionelle Klimmzüge“ machen mussten.²²

Auf dem Kölner Bundesparteitag der FDP Ende Mai 1981 sprach sich knapp ein Drittel der Delegierten gegen den NATO-Doppelbeschluss aus, angeheizt nicht zuletzt durch den Vorsitzenden des Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik, William Borm, der, wie sich später herausstellte, „Inoffizieller Mitarbeiter“ der Stasi war und nun Genschers Sicherheitspolitik ernsthaft gefährdete.²³ Genscher wandte sich in Köln ausdrücklich gegen jene, für die die Westbindung nur ein „notwendiges Übel“ der Außenpolitik war.²⁴ Aber es gelang ihm nur mit seiner „schärfsten Waffe“, nämlich der Rücktrittsdrohung, die eigene Partei auf den Nachrüstungskurs einzuschwören.²⁵

Insofern vollzog sich der Regierungswechsel vom Oktober 1982 „im Banne der Außenpolitik“,²⁶ auch wenn aus wahltaktischen Motiven²⁷ nach außen hin die wirtschaftlichen Probleme in den Vordergrund gerückt wurden. Rückblickend erklärte Genscher gegenüber sowjetischen Diplomaten, aber besonders dezidiert gegenüber der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, er habe „1982 ‚die Wende‘ gemacht, weil die SPD den damaligen Bundeskanzler

21 Martin Sabrow: Der Streit um die Verständigung. Die deutsch-deutschen Zeithistorikergespräche in den achtziger Jahren, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn 1998, S. 113–130, hier S. 130.

22 Frank Fischer: „Im deutschen Interesse“. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989. Huum 2001, S. 377.

23 Heumann: Hans-Dietrich Genscher, S. 120–125.

24 Hans-Dietrich Genscher, Rede auf dem Kölner Parteitag der FDP im Mai 1981, zitiert nach Andreas Kramer: Die FDP und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982. Bonn 1995, S. 207.

25 Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 224; vgl. Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher, S. 118; daneben Günter Verheugen: Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP. Frankfurt/Main 1987, S. 97–120.

26 Klaus Hildebrand: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 45 (1994), S. 611–625, wiederabgedruckt in: Ders.: Der Flug des Ikarus. Studien zur deutschen Geschichte und internationalen Politik. Hg. von Joachim Scholtyseck/Christoph Stüttgen. München 2011, S. 137–153, hier S. 150. Mit Bezug zur FDP inzwischen auch Bresselau von Bressendorf: Hans-Dietrich Genscher.

27 Vgl. die Stellungnahme Otto Graf Lambsdorffs in: Manfred Schell: Die Kanzlermacher. Mainz 1986, S. 14f.

Schmidt nicht länger hinsichtlich des Doppelbeschlusses der NATO unterstützen wollte.²⁸

Der Streit belastete die sozial-liberale Koalition inzwischen aufs Schwerste. Dem rückblickenden Betrachter erscheint es nur folgerichtig, dass es über kurz oder lang zu einem Bruch der „Regierung auf Abruf“²⁹ kommen musste: „Siechtum und Ende“ – so ist dieses letzte Kapitel des Kabinetts Schmidt/Genscher überschrieben worden.³⁰ Im Jahr 1982, so lautet jedenfalls der rückblickende Eindruck, war die sozial-liberale Koalition angesichts der politischen Fliehkräfte „kaum mehr handlungsfäh“.³¹

In dieser Zeit der Verunsicherung zeigte sich einmal mehr, dass die FDP in ihren politischen Strömungen und Flügeln ausgesprochen heterogen war. Die offenkundige Ratlosigkeit der sozial-liberalen Koalition über ihre Zukunft rief nicht zuletzt den einflussreichen wirtschaftsliberalen Flügel der FDP auf den Plan, der sich um den mittelständischen Verfechter des Mittelstands Richard Wurbs, Präsident der Handwerkskammer Kassel und Schatzmeister der FDP, scharte und als „Wurbs-Kreis“ einen Gegenpol zum „Sylder Kreis“ der FDP bildete, in dem sich Linksliberale wie Bundesinnenminister Gerhart Baum, sein Parlamentarischer Staatssekretär Andreas von Schoeler, Generalsekretär Günter Verheugen und aus dem FDP-Vorstand die Hamburger Bundestagsabgeordnete Helga Schuchardt zusammenfanden und den Aufbruchgeist der „Freiburger Thesen“ von 1972 fortzuführen suchten. Die lange und intensive Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten hatte denjenigen Elementen Auftrieb gegeben, denen der Wandel der Gesellschaft und ihre emanzipativen Elemente besonders am Herzen lagen. Diese sozialliberale Strömung war besonders stark in den Delegationen der Landesparteitage und des Bundesparteitags zu spüren, während die Bundestagsfraktion die Domäne des gut- und wirtschaftsbürgerlichen Milieus blieb, getragen auch von treuen FDP-Mitgliedern, die in der Regel ihre Partei wählten, ohne selbst politisch aktiv zu werden.³²

Parallel zu den innerparteilichen Bewegungen der FDP begannen die Christdemokraten nach dem Wahlfiasco der Bundestagswahl 1980 die Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit mit den Liberalen auszuloten. Ein Referat Alfred Dreggers über die wirtschaftspolitischen Einstellungen des hes-

28 Vermerk des bundesdeutschen Botschafters in London über das Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit der britischen Premierministerin Thatcher am 29. November 1989, in: Andreas Hilger (Hg.): *Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90*. München 2011, S. 49–55, hier S. 55. Auch in seinen Memoiren hat Genscher betont, der NATO-Doppelbeschluss habe „alles andere“ überdeckt: Hans-Dietrich Genscher: *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 448.

29 Jäger/Link: *Republik im Wandel*, S. 232.

30 Vgl. ebd., S. 188.

31 Andreas Rödter: *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*. München 2004, S. 74.

32 Vgl. hierzu Jäger/Link: *Republik im Wandel*, S. 233.

sischen FDP-Wirtschaftsministers Heinz Herbert Karry war bereits ein Zeichen für eine Tendenzwende. Weitere Signale einer Wechselstimmung mehrten sich im Sommer 1981 nicht zuletzt durch die Entwicklung in West-Berlin. In der gerade von einem Bauskandal erschütterten Stadt war der bisherige Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) nach einer missglückten Kabinettsumbildung zurückgetreten und hatte den Weg zu vorgezogenen Neuwahlen freigemacht. Die Berliner FDP und der Bundesvorsitzende Genscher gehörten zunächst zu denjenigen, die an der dortigen etablierten sozial-liberalen Koalition festhalten wollten. Die Ergebnisse der Wahl vom 10. Mai 1981, bei einem Rekordgewinn für die CDU und mageren 5,6 Prozent für die FDP, ließen diese Kombination jedoch nicht mehr zu. Im Juni wurde der mit einem Minderheitssenat antretende Richard von Weizsäcker (CDU) mit Hilfe der FDP in Berlin zum Regierenden Bürgermeister gewählt. In der Berliner FDP hatte dies über viele Monate starke Verwerfungen zur Folge, aber auf Bundesebene war die Entscheidung von symbolischer Bedeutung. Genscher und Lambsdorff sahen die politischen Abläufe in der geteilten Stadt als eine Art Versuchsballon an. Wenn Berlin Schule machen sollte, dann erschien die Zukunft der sozial-liberalen Koalition „in düsteren Farben.“³³ Obwohl beide bereits zu diesem Zeitpunkt erwogen, die Koalition aufzukündigen, war es für konkrete Schritte noch zu früh, weil Genscher „seine eigenen Truppen erst in Position bringen musste.“³⁴

Genscher stellte daher die Signale in Richtung einer wirtschaftspolitischen Umkehr und der Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung. Schon auf dem Kölner FDP-Bundesparteitag im Mai 1981 sprach er von den „sozialen Hängematten“, die es in einer angespannten Wirtschaftslage nicht mehr geben dürfe. Wenige Monate später legte er nach. In einem Schreiben an die Mitglieder der FDP-Führungsgremien vom 20. August 1981 spielte er erneut auf die Schiefelage des Haushalts an, verwies sogar auf die Lage der Bundesrepublik in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und knüpfte daran weitere grundsätzliche Erwägungen: „Eine Wende ist notwendig, im Denken und im Handeln. Es gilt, eine Anspruchsmentalität zu brechen, die nicht deshalb entstand, weil die heute lebende und arbeitende Generation weniger leistungsbereit wäre als ihre Vorgänger, sondern weil manches Gesetz gerade zur Inanspruchnahme auffordert, um nicht zu sagen: verleitet. Eine Wende ist notwendig. Jetzt geht es darum, die Weichen deutlich auf mehr Selbstverantwortung, auf Leistung und Selbstbestimmung zu stellen, das heißt eben auf mehr Freiheit. Die Grundtendenz in unserer Gesellschaft ist nicht auf

33 Ebd., S. 224.

34 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 703.

mehr Staat gerichtet. Wir entscheiden (...) über unsere Zukunftschancen schlechthin.“³⁵

Genscher versuchte sich offenkundig, auch wenn er noch nicht an das Ende der Koalition mit der SPD dachte, als Retter in der Not zu positionieren. Nach seiner Interpretation, die nicht allein taktisch begründet war, waren die großen Volksparteien nicht in der Lage, eine Kurskorrektur herbeizuführen. Sie benötigten vielmehr nach dieser Sichtweise der tatkräftigen Hilfe der kleinen FDP. Nach Lage der Dinge war die These der Immobilität der großen Parteien vor allem auf die SPD gemünzt, in der Rebellen jeglicher Couleur ihre eigene Politik durchzusetzen versuchten und Helmut Schmidt immer größere Schwierigkeiten hatte, Unterstützung für seinen Kurs zu finden. Immer offener wurde in der FDP überlegt, wie man der zerstrittenen SPD den Schwarzen Peter zuschieben konnte. Gerechtfertigt war die Taktik, beständig auf die SPD als Alleinschuldige an der wirtschaftlichen Misere zu verweisen, schon deshalb nicht, weil es nicht zuletzt Lambsdorff gewesen war, der mit zu optimistischen Konjunkturprognosen zu dem „ständigen haushaltspolitischen Flickschustern“ beigetragen und daher „ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung“ trug.³⁶

Konkrete Auswirkungen hatten diese atmosphärischen Veränderungen zunächst noch nicht. Allerdings fiel die FDP bei den Landtagswahlen in Niedersachsen im März 1982 hinter die aufsteigenden Grünen auf den vierten Platz in der Wählergunst zurück und musste befürchten, als entscheidende dritte Kraft, als Mehrheitsbeschaffer und kontinuierliches „Zünglein an der Waage“³⁷ dauerhaft auszuschneiden. Inzwischen zeichnete sich bereits ab, dass die Zahl der Arbeitslosen wohl binnen kurzer Zeit das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Grenze von zwei Millionen überschreiten würde.

Die Wähler liefen der Regierungskoalition weiterhin in Scharen davon, wie sich angesichts der verheerenden Niederlage bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft im Juni 1982 zeigte. Während die SPD fast neun Prozent verlor, verfehlte die FDP, wenn auch nur knapp, den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft. Die Bedeutung dieser vielfach als Testwahl beschworenen Abstimmung ist für die folgenden Entwicklungen kaum zu überschätzen. Für Erhard Eppler stellte die Wahl gar den Anfang der „Agonie der Koalition“³⁸ dar und auch in der Forschung herrscht Einigkeit, dass sie für die sozial-liberale Koalition die

35 Zitiert nach Genscher: *Erinnerungen*, S. 447f.

36 Jäger/Link: *Republik im Wandel*, S. 226.

37 Hans Vorländer: *Die Freie Demokratische Partei*, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. 2. Aufl. Opladen 1992, S. 266–318, hier S. 270.

38 Erhard Eppler: *Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik*. Überarbeitete Ausgabe Frankfurt/Main 2001, S. 176.

„Totenglocke“ läutete.³⁹ Nun beschleunigte sich die „Absetzbewegung“ im Lager der FDP.⁴⁰

Noch am Abend der Wahlniederlage berieten die Mitglieder des hessischen FDP-Landesverbands angesichts der im Herbst anstehenden Landtagswahl mit dem Parteipräsidium ihre Zukunft und die Chancen und Gefahren eines Koalitionswechsels. Der SPD und den Gewerkschaften sollte jetzt der Schwarze Peter für einen Koalitionsbruch zugeschoben werden: ein Kalkül, das 1966 aufgegangen war. Ein solcher Koalitionswechsel hatte inzwischen den Segen des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick, der in den Haushaltsberatungen hautnah erfahren hatte, wie klein der gemeinsame Nenner der Koalitionspartner geworden war,⁴¹ auch wenn Mischnick Parteifreunden wie etwa Lambsdorff immer noch als „in der Wolle gefärbter Mann der sozialliberalen Koalition“ galt.⁴² Für die Partei, die traditionell mit der Fünf-Prozent-Hürde als politischer Überlebensfrage vertraut war und sich mit Zeiten auf harten Oppositionsbänken nur schlecht arrangieren konnte, musste es einmal mehr darum gehen, Stimmen aus anderen Lagern zu holen, und zwar unabhängig von programmatischen Streitfragen. Flügelkämpfe waren aus der Zeit der Opposition in den Jahren der Großen Koalition 1966 bis 1969 sattsam bekannt, hatten aber gezeigt, dass die Partei solche Zerreißproben überstehen konnte, selbst wenn Wolfgang Mischnick zu gegebenem Anlass daran erinnerte, dass diese Wunden immer noch nicht verheilt seien.⁴³ Dieses Lehrstück lag nun gerade erst einmal 15 Jahre zurück.

Mischnicks Umschwung ist kaum zu unterschätzen, weil sich dadurch die Gewichte im FDP-Führungsgremium verschoben.⁴⁴ Während sich Lambsdorff am klarsten für eine vorzeitige Beendigung der Koalition aussprach und sich der sphinxhafte Genscher bedeckt hielt, votierten Baum, Verheugen und Hildegard Hamm-Brücher dagegen. Als Genscher die Mitglieder des Präsidiums während des Mittagessens nach den Chancen des Koalitionserhalts befragte, war das Ergebnis noch offen: Als Erstes wandte er sich an Verheugen. Dieser wollte ebenso wie fast alle anderen das Bündnis beibehalten. Auch Walter Scheel argumentierte, an dem Hamburger Ergebnis könne man die Koalition nicht scheitern lassen – eine bemerkenswerte Nibelungentreue, die aber nicht von allen mitgetragen wurde. Lambsdorff verhielt sich bezeichnenderweise

39 Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 236.

40 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006, S. 19.

41 Wolfgang Mischnick, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 73–75.

42 Otto Graf Lambsdorff, ebd., S. 22.

43 Der Spiegel, Nr. 38, 20. September 1982, S. 23.

44 Günter Verheugen, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 221f.

„undifferenziert und mürrisch.“⁴⁵ Die jeweiligen Motive der Befragten lassen sich nur schwer trennen: Partei- und Machtfragen, wirtschaftspolitische Motive und außenpolitische Beweggründe ließen sich auch intern kaum noch auseinanderhalten.

Letztlich war es dann die hessische FDP, die eine Koalitionsaussage für die CDU aussprach, eine Empfehlung, die nach heftigen internen Debatten vom Landesparteitag am 17. Juni mit 169 zu 129 Stimmen angenommen wurde. Die für die hessischen Landtagswahlen vorgegebene Marschrichtung – eine absolute CDU-Mehrheit in Wiesbaden zu verhindern, indem man mit ihr koalierte – war kaum ernst zu nehmen. Eine solche Entscheidung hatte, ob man dies nun zugab oder nicht, immense Bedeutung für Bonn. Trotz aller verbalen Treueschwüre hatte die FDP damit der SPD den Fehdehandschuh hingeworfen. Gereizt äußerte Genscher in einem ZDF-Interview Mitte Juni, er habe den Eindruck, die SPD betrachte die hessischen Freidemokraten „als ihre Leibei-genen und als fühle sich die SPD in Hessen als Staatspartei.“⁴⁶ Die „Eigendynamik des hessischen Wahlkampfes“ ließ sich nun kaum noch beeinflussen. Graf Lambsdorff führte dies konsequent aus, als er in einem Interview in der Bild-Zeitung am 31. August verkündete: „Der hessische Wähler entscheidet, was er von einem Wechsel der FDP in eine andere Koalition hält. Das würde für uns in Bonn eine wichtige Erkenntnis sein.“⁴⁷

Sich zu diesen Aporien nicht eindeutig zu positionieren war die Quintessenz des sprichwörtlichen „Genscherismus“, der, je nach politischem Lager, als kluger und staatsmännischer Pragmatismus gelobt oder als rückgratloses bzw. machiavellistisches Machtkalkül und Lavieren gebrandmarkt wurde⁴⁸ und von ihm selbst rückblickend ganz blauäugig als Wunsch bezeichnet wurde, „sachorientiert zu entscheiden.“⁴⁹ Auch wenn er nachträglich noch geradezu empört den Vorwurf zurückwies, „lustvoll“ auf den Koalitionsbruch hingearbeitet zu haben,⁵⁰ blieben deutliche Signale aus, und auch eine neuere Biographie kann über seinen Entscheidungsfindungsprozess in diesen Monaten kaum konkrete Aufschlüsse geben.⁵¹ Er ahnte jedenfalls, dass die eigene Partei in der drohenden Opposition nur geringe Überlebenschancen hatte, und folglich musste sich die Programmatik im Ernstfall immer einem überlebensstrategisch defi-

45 Zitiert nach Merck: Klar zur Wende, S. 208, beruhend auf Aussagen damaliger Teilnehmer.

46 Zitiert nach Klaus Bohnsack: Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983), S. 5–32, hier S. 13.

47 Zitiert nach Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 242f.

48 Emil J. Kirchner: Genscher and What Lies Behind „Genscherism“, in: West European Politics 13 (1990), S. 159–177; Werner Filmer/Heribert Schwan: Hans-Dietrich Genscher. Düsseldorf u. a. 1988, S. 415.

49 Genscher: Erinnerungen, S. 456.

50 Ebd.

51 Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie. Paderborn u. a. 2012.

nierten Kalkül unterordnen. Koalitionen waren für Genscher lediglich Zweckbündnisse – und „Zweckgemeinschaften auf Zeit“.⁵² In der Geschichte der FDP waren zudem grundsätzlich Phasen selten, in denen sie einmal während einer florierenden innenpolitischen Lage programmatisch massiv den Koalitionspartner angegriffen hat. Ob Genscher selbst aktiv die „Wende“ vollzog oder eher zögerlich agierte, ist bis heute umstritten. Während er selbst, nicht anders als Helmut Kohl, auch rückblickend, eher die Zwangsläufigkeiten der Entwicklung betonte, sehen andere Wegbegleiter ihn als jemand, der zeitweilig die Kontrolle über das Geschehen verloren hatte: Klaus Kinkel vermutet, jener sei zur Beendigung der Koalition geradezu „getrieben“ worden, und Gerhart Baum, zeitgenössisch bekanntlich ein scharfer Kritiker des Koalitionswechsels, attestiert rückblickend sogar ein Versagen der „Staatskunst“ Genschers: „Das Heft des Handelns ist ihm aus der Hand genommen worden.“⁵³

Die letzten Monate der sozial-liberalen Koalition waren nach außen gekennzeichnet von einem „Hexenkessel der Spekulationen“. In der Öffentlichkeit führten die Gerüchte zum Eindruck, es handle sich nur noch um den Anfang vom Ende.⁵⁴ Zudem kam das Schlagwort vom „Königsmord“, das sich auf die Vorgänge von 1966 bezog, ins Spiel, als Gerhart Baum und sein Planungschef Klaus Thomsen am 19. Juli 1982 unter dem Titel „Weder Königsmord noch Franz Josef Strauß im Kabinett“ eine auch an Genscher adressierte Analyse präsentierten, in der gerade von einem solchen Kurs abgeraten wurde: Koalitionsentscheidungen sollten verhindert werden, bis der für den Oktober geplante FDP-Parteitag die Möglichkeiten einer „kraftvollen Selbstreflexion“ biete. Vor allem in den Schlussabschnitten des Papiers wurden Empfehlungen gegeben, die nun geradezu als Menetekel erscheinen mussten: „Auch 1966 hat die FDP ihre vier Minister erst dann zurückgezogen, als für die Öffentlichkeit klar war, dass die CDU den Königsmord selbst besorgen würde.“⁵⁵

Genscher hat in seinen Memoiren ausgeführt, die Koalition habe bereits Ende Juni 1982, kurz vor der parlamentarischen Sommerpause, angesichts schwieriger Haushaltsentscheidungen „kurz vor dem Bruch“ gestanden, auch wenn er eine eigenmächtige Beendigung nicht für richtig gehalten habe. Dies war insofern richtig, als auf beiden Seiten der Koalition der Glaube an ein einvernehmliches Miteinander Zug um Zug schwand. Es war allerdings bezeichnend, dass der FDP-Chef bei einem Privatbesuch in Hamburg seinem Bundeskanzler Anfang August ausgerechnet Arnulf Barings Buch über den „Machtwechsel“ im Jahr 1969 schenkte.⁵⁶

52 Genscher: Erinnerungen, S. 446.

53 Die Interview-Aussagen Kinkels und Baums finden sich in Heumann: Hans-Dietrich Genscher, S. 125.

54 Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 225.

55 Zitiert nach ebd., S. 240. Vgl. auch Gerhart Baum, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 238f.

56 Genscher: Erinnerungen, S. 449f.

Der Sommer verging mit zahlreichen Gerüchten im Bonner Treibhausklima, die auch in den Erinnerungsschriften vieler beteiligter Politiker ihren Niederschlag gefunden haben. Schmidt selbst dachte inzwischen „intensiv (...) über das Ende der Koalition“ nach.⁵⁷

Konkretere Anknüpfungspunkte für eine auch dem Wahlvolk plausibel erscheinende Absprungmöglichkeit fanden sich immer wieder, auch wenn die Parteispendenaffäre wohl keine entscheidende Rolle spielte.⁵⁸ Beide Koalitionspartner belauerten sich gegenseitig und versuchten, sich in eine günstige Ausgangslage zu manövrieren. Genscher agierte vorsichtig. Helmut Kohl war zwar unter den Gesprächspartnern der Kandidat mit den größten Erfolgchancen, aber solange keine greifbaren Aussichten bestanden, hielt sich der FDP-Vorsitzende noch bedeckt, obwohl er ein existentielles Interesse an einem neuen Zweckbündnis hatte. Die Gespräche, die er mit dem Fernsehjournalisten Friedrich Nowotny in seinem Haus in Wachtberg-Pech führte, aber auch manche Informationen des Kohl-Intimus Eduard Ackermann über Gespräche mit Lambsdorff deuteten zwar auf einen Gezeitenwechsel hin. Detaillierte Absprachen blieben freilich zunächst aus.⁵⁹ Die Marschroute wurde etwas konturierter, als Genscher sich auf eigenen Wunsch am 21. August 1982 im Zürcher Hotel Dolder mit dem mächtigen konservativen Verleger Axel Springer traf. Genscher bestätigte diesem die Gerüchte über die Absetzbewegung innerhalb der FDP; zugleich sondierte er die Möglichkeit einer Zweitstimmekampagne für den nicht unwahrscheinlichen Fall, dass seine Partei bei einem Regierungswechsel und anschließenden Neuwahlen unter die Fünf-Prozent-Hürde fallen werde. Seine Frage an den Herausgeber von „Welt“ und „Bild“ lautete daher, wie dieser sich und wie sich die Springer-Presse dazu stellen werde. Obwohl sich Springer offiziell noch bedeckt hielt und möglicherweise sogar noch eine Weile dem FDP-„Vernichtungskonzept“ von Franz Josef Strauß etwas abgewinnen konnte, war er schließlich bereit, der bedrängten FDP im anstehenden Wahlkampf „Feuerschutz“ durch seine Blätter zu geben.⁶⁰

Ende August wurde der Ton zwischen den Koalitionspartnern schärfer. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlichte am 26. August einen Leitartikel, der ausgesprochen unfreundlich über das politische Profil der FDP urteilte und in dem sogar das Wort von der „Mende-Partei“ fiel.⁶¹ Ein Interview

57 Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 239.

58 Vgl. hierzu die dezidierten Stellungnahmen Genschers in seinen Erinnerungen, S. 454f. und die Darstellung bei Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 65–79.

59 Eduard Ackermann: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik, Bergisch Gladbach 1994, S. 176–178; Helmut Kohl, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 96f.

60 Hans-Peter Schwarz: Axel Springer. Die Biographie. 2. Auflage Berlin 2008, S. 609f.

61 Allerdings hatte schon ein Editorial in der der FDP nahe stehenden Zeitschrift „Liberal“ im Juli vor einem Schwenk gewarnt, der zu einer „Re-Mendisierung“ der FDP führe: Leonhard Froese: Hamburg – ein „Hambacher“ Sieg?, in: Liberal, Juni 1982, S. 1.

Lambsdorffs in der „Bild“ forderte Bundeskanzler Schmidt zum offenen Widerspruch im Kabinett heraus, während Genscher, wiederum in der „Bild“, die Gegner Lambsdorffs als „bellende Meute“ klassifizierte.⁶² Waren diese Scharmützel bereits ein Indiz für das offenkundige Phänomen „aufwändige(r) öffentliche(r) Inszenierungen auf allen Seiten“, ⁶³ so war es für die FDP notwendig, eine tragfähige Lösung für die langfristige Existenzsicherung zu finden. Gemeinsam mit Helmut Kohl entwickelte Genscher eine „Überlebensgarantie“ für die FDP, denn es musste jedem klar sein, dass bei einem Koalitionswechsel ein erheblicher Teil der Wähler eine Neupositionierung mit der sofortigen Abwanderung zur SPD quittieren würden. Die Abmachung sah vor, dass die FDP bei einem Wechsel ihre Ministerien und Minister garantiert bekäme, um die gefährliche Phase des Wechsels überstehen zu können, in der Regierungsverantwortung zunächst zu überwintern, sich anschließend durch gute Sacharbeit zu profilieren und dadurch auch im Wählerstamm zu konsolidieren.⁶⁴

Es war schließlich ein weiterer Schlag von Seiten der FDP gegen die Fundamente der Regierungskoalition, der das schon längst inoffiziell begonnene Powerplay auch offiziell anpfiff: Eine grundsätzliche Ausarbeitung Graf Lambsdorffs vom 9. September 1982 zur Wirtschaftspolitik, die als „Wendepapier“ bekannt wurde,⁶⁵ brachte das Fass schließlich zum Überlaufen. Der Wirtschaftsminister war von Schmidt beauftragt worden, eine Grundsatzvorlage auszuarbeiten, die der schwächelnden Konjunktur langfristig etwas entgegenzusetzen sollte. Lambsdorffs Papier, an dem bereits seit Juli gearbeitet worden war, stellte „mehr oder minder alles in Frage, was traditionell zum engeren Kanon sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik“ gehörte.⁶⁶ Was er forderte, musste geradezu als Kampfansage, mehr noch als die Aufkündigung des Abkommens gelten, das 1969 unter dem Motto des Aufbruchs geschmiedet worden war: Die Politik müsse zukünftig, so lautete eine Kernaussage, „vor allem darauf ausgerichtet sein, dem Privatsektor in der Wirtschaft wieder mehr Handlungsspielraum und eine neue Zukunftsperspektive zu verschaffen; und innerhalb des Staatssektors muß sie die Gewichte von der konsumptiven in Richtung der investiven Verwendung verlagern.“ Neben der „Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die veränderten Wachstumsmöglichkeiten“ sollte vor allem der Haushalt konsolidiert werden, was sich, wie das Papier näher ausführte, nur durch massive Kürzungen bewerkstelligen lassen werde –

62 Zitiert nach Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 246.

63 Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 174.

64 Helmut Kohl, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 94ff.

65 Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Otto Graf Lambsdorff: Frische Luft für Bonn. Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat. Stuttgart 1987, S. 64–89.

66 Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 20.

ein deutliches Votum für „mehr Markt als Staat“.⁶⁷ Mit dem Lambsdorff-Papier übernahm die FDP, so ist kürzlich bemerkt worden, nun auch „die Position des Sachverständigenrates“, auch wenn die Ausführungen, von einigen Überspitzungen einmal abgesehen, nicht über die „altbekannten Empfehlungen der wirtschaftswissenschaftlichen Berater“ hinausgingen. Die Lageanalyse entsprach dem, was „längst von der Mehrheit der Berater und auch vom Mainstream der Wirtschaftswissenschaft vertreten wurde.“⁶⁸

Das Tischtuch war damit zerschnitten. In der Debatte zur Lage der Nation, am 9. September im Bundestag ausgetragen, wurden bereits, auch wenn vor gegenseitigen „Überforderungen“ der beiden Koalitionspartner gewarnt wurde, die Geschütze für die kommenden Gefechte in Stellung gebracht. Helmut Schmidt zog, ganz Staatsmann, eine Art Bilanz der bisherigen Koalition. Auf der Seite der FDP standen Sachthemen im Vordergrund, von denen allerdings anzunehmen war, dass sie in der zu erwartenden Medienschlacht kaum eine zentrale Rolle spielen würden: Arbeitsmarkt- und Bodengewinn-Steuerwürden, aller Erfahrung nach, kaum über das Schicksal des kleinen Koalitionspartners FDP entscheiden.

Die Lambsdorff-Streitschrift, die er offiziell am Abend des 9. September übergab, über dessen Inhalt sich der interessierte Leser jedoch bereits am folgenden Morgen in der „Zeit“ unter dem Titel „Ein Manifest der Sezession“ informieren konnte, war faktisch mehr Anlass als Ursache des Koalitionsbruchs. In der „Zeit“ waren auch die Namen derjenigen zu lesen, die sich parteiintern kritisch zum Inhalt des Papiers geäußert hatten: Es waren die „usual suspects“ der Linkliberalen: Gerhart Baum, Burkhard Hirsch, Andreas von Schoeler. Der Artikel wusste aber auch zu berichten, was Genscher von der Streitschrift halte. Es könne zwar an Genschers Zustimmung gar keinen Zweifel geben, aber: „Genau erfahren hat das so recht keiner.“⁶⁹

Lambsdorff hat es rückblickend als „taktischen Fehler“⁷⁰ bezeichnet, sein Papier vor der hessischen Landtagswahl am 26. September 1982 veröffentlicht zu haben und Genscher hat in seinen Memoiren dieser selbstkritischen Sicht keinesfalls widersprochen.⁷¹ Der Bundeskanzler empfand das Papier als eine

67 Grundsätzlich zum Wirtschaftsprogramm Thorsten Freiburger: Die wirtschaftspolitische Programmatik der Freien Demokratischen Partei auf Bundesebene 1982–1998 und ihr Einsatz als Planungsinstrument in der Wirtschaftspolitik. Frankfurt/Main 2002, bes. S. 94–106; Reimut Zohlhöfer: Die Wirtschaftspolitik in der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998. Opladen 2001.

68 Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 232.

69 Die Zeit, 10. September 1982.

70 Otto Graf Lambsdorff, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 16. Ähnlich Genscher: Erinnerungen, S. 454.

71 Ebd.

„unglaubliche Provokation“.⁷² Die Kritik an Lambsdorffs Papier hätte auch von anderer Seite kaum schärfer ausfallen können. Für den DGB war es nichts anderes als ein „wirtschafts- und sozialpolitischer Amoklauf“. Der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen sprach von einem „Gruselkatalog“, „sozialer Demontage“ und „sozialpolitischer Barbarei“. Selbst Kurt Biedenkopf von der CDU charakterisierte die Ideen als „Radikalvorstellungen“ ohne wirkliche Perspektive.⁷³ Franz Josef Strauß, noch darüber verärgert, dass durch das Wende-Manöver der FDP der bereits als sicher geltende Sieg für Alfred Dregger bei den hessischen Landtagswahl nicht stattgefunden hatte, zeigte keinerlei Sympathien für die FDP, die „innerhalb weniger Stunden von einem Bett ins andere“ springe.⁷⁴ Eine gnadenlose Abrechnung mit dem FDP-Wirtschaftsminister präsentierte er im „Bayernkurier“: Man glaube zu träumen, so der CSU-Chef, der dem Grafen schwere wirtschaftspolitische Versäumnisse vorwarf: „War denn der FDP-Mann Lambsdorff – was freilich auch für seinen Vorgänger, den FDP-Mann Friedrichs, gilt – dreizehn Jahre in einem Schweigelager in Sibirien verschwunden? Steckte Lambsdorff dreizehn Jahre lang in einer Taucherglocke in der Südsee? War Lambsdorff dreizehn Jahre lang im indischen Dschungel verschollen? (...) Erkläre mir, Graf Oerindur, diesen ‚Zwiespalt der Natur‘!“⁷⁵

Trotz aller Unterstützung, die sich Genscher durch die Springer-Presse hatte zusichern lassen, befand sich Genscher in einer bemerkenswerten Abhängigkeit von Helmut Kohl, und einer seiner Biographen hat entsprechend sogar formuliert, für Genscher, der seine politische Existenz nun aufs Spiel gesetzt habe, habe der Regierungswechsel „den absoluten Tiefpunkt in seinem politischen und vielleicht auch persönlichen Leben“ markiert.⁷⁶

In der Sitzung des SPD-Parteivorstands vom 13. September bezeichnete Schmidt das Lambsdorff-Papier als unzureichend und perspektivlos;⁷⁷ die letzte Kabinettsitzung am folgenden Tag, dem 14. September, war ein Schwanengesang. Lambsdorff verteidigte vergeblich sein Papier und musste sich massive Kritik vom Bundeskanzler anhören: Was er jetzt von einigen Kabinettskollegen höre, erinnere ihn an „Seebohm“.⁷⁸

72 Zitiert nach Hans Apel: Der Abstieg. Politisches Tagebuch 1978–1988. 3. Aufl. Stuttgart 1990, S. 214.

73 Ausführlich zu den ablehnenden Reaktionen Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 704f.

74 Franz Josef Strauß, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 128. Vgl. den Beitrag von Matthias Stickler in diesem Band.

75 Bayernkurier, 18. September 1982.

76 Heumann: Hans-Dietrich Genscher, S. 111.

77 Vgl. Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 733.

78 Vgl. Der Spiegel, Nr. 38, 20. September 1982, S. 22. – Hans-Christoph Seebohm, Verkehrsminister unter Adenauer, hatte auf Wahlkampfveranstaltungen bei den Vertriebenen

Selbst Genscher wurde, als er Lambsdorff zur Seite springen wollte, von Schmidt abgekanzelt. Er brauche sich nicht ständig zu Wort melden: Lambsdorff brauche keinen „Fürsprecher“, weil er schließlich selbst anwesend sei.⁷⁹ Genscher fand rückblickend die durchaus zutreffende Bezeichnung, die SPD habe den „Prügelstock“ gegen die FDP eingesetzt, Schmidt habe sich „abgeschottet“ und „offensichtlich entschieden, die Koalition zu beenden.“⁸⁰ An den beiden folgenden Tagen bot die erste Lesung des Haushaltsentwurfs 1983 Genscher die Gelegenheit, die Zerstrittenheit der SPD in außenpolitischen Fragen aufs Korn zu nehmen. An die SPD-Fraktion gewandt forderte er diese auf, darauf zu verzichten, „den Friedenswillen und die Friedensfähigkeit anderer demokratischer Parteien zu bestreiten“ und appellierte daran, sich eindeutig zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu bekennen. Hier gelte es besonders, „Zweideutigkeiten zu vermeiden.“

Das Procedere, seine jeweiligen Bataillone in Formation zu bringen, nahm seinen vorgezeichneten Fortgang. Genscher, der gerüchteweise gehört hatte, dass die hessische SPD bereits Wahlkampfplakate mit dem Slogan „Verrat in Bonn“ gedruckt habe,⁸¹ kam seiner Entlassung durch Schmidt zuvor: Am Morgen des 17. September, nach einer kurzen Unterredung zwischen Schmidt und Lambsdorff, war er zum Gespräch mit dem Bundeskanzler für 9 Uhr 30 in dessen Büro bestellt. Der Bundesaußenminister wollte dem Bundeskanzler nicht alleine entgegentreten und brachte den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick zur Verstärkung mit.⁸² In dem kaum 20 Minuten dauernden kühlen Gespräch, in dem jedoch die äußere Form gewahrt wurde, kündigten die FDP-Minister ihren Rücktritt an – möglicherweise ein Fehler: Hätten sich die Minister aus der Koalition werfen lassen, so lautete zumindest später die parteiinterne Manöverkritik, dann hätte sich der Vorwurf eines „Verrats“ nicht so leicht erheben lassen.

Die Würfel waren allerdings jetzt gefallen, und der von Schmidt gegenüber Lambsdorff angekündigte Vorwurf des „Verrats in Bonn“ stellte sich unmittelbar bereits in der Bundestagsdebatte am Vormittag des 17. September ein.⁸³ Letztlich steht dieser Vorwurf sogar bis heute im Raum: Bernd Faulenbach hat

immer wieder Reden gehalten, die mit der abgesprochenen Regierungsposition wenig zu tun hatten.

79 Ebd.

80 Genscher: *Erinnerungen*, S. 454 und 458.

81 Ebd., S. 458.

82 Merck: *Klar zur Wende*, S. 240; Wolfgang Mischnick, in: Schell: *Die Kanzlermacher*, S. 78f.; vgl. auch Jäger/Link: *Republik im Wandel*, S. 251f. Vgl. auch die unwidersprochen gebliebenen Angaben Wolfgang Mischnicks in seiner Rede im Bundestag am 1. Oktober 1982 und die Darstellung der verschiedenen Versionen in Bohnsack: *Die Koalitionskrise*, S. 24–26.

83 Genscher: *Erinnerungen*, S. 458. Die Debatte ist dokumentiert in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht*, Bd. 222, 115. Sitzung, 17. September 1982, S. 7072–7083.

in seiner Geschichte des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ dieser Deutung dadurch Raum gegeben, dass er dezidiert feststellte, es sei letztlich die Entwicklung der FDP gewesen, die „entscheidend für das Koalitionsende“ gewesen sei.⁸⁴

Im Rahmen einer Erklärung, die der Bundeskanzler vor dem Bundestag abgab, erwähnte er zunächst Genschers „Wendebrief“ aus dem Sommer 1981, erklärte anschließend, dass die Gründe der Koalitionsaussage der hessischen FDP zugunsten der CDU „zu keiner Zeit glaubhaft gewesen“ seien und nannte dann das Lambsdorff-Papier ein „Dokument der Trennung“ und seinen Inhalt eine „Hinwendung zur Ellenbogengesellschaft“. Er habe sich in langen Gesprächen mit Genscher um eine „Stabilisierung der Gemeinsamkeit“ bemüht und es an gutem Willen nicht fehlen lassen: „Statt dessen habe ich viele Male von Herrn Kollegen Genscher hören oder lesen müssen, neue Sachfragen schüfen sich neue Mehrheiten. Es drängt sich mir der Eindruck auf, dass die Haushaltsberatungen von einigen Führungspersönlichkeiten der FDP nur noch zum Schein geführt werden, weil ein Vorwand gesucht wird, mit dem der Partnerwechsel dem Publikum erklärt werden soll.“ Als gegen Ende seiner Erklärung von „Machenschaften“ die Rede war, war die Bühne für den weiteren Schlagabtausch eröffnet. Helmut Schmidt hatte, so ist sich die Forschung einig, mit der effektvollen Inszenierung dieser Rede einen ersten Treffer gelandet, und Genschers FDP trudelte gefährlich in die Seile.⁸⁵

Kohl und Genscher hatten sich inzwischen bereits abgesprochen, sofortige Neuwahlen zu umgehen. Die von Kohl nachträglich bestätigte „ganz klare Absprache“ zwischen ihm und Genscher, gleichsam eine „politisch-parlamentarische Überlebensgarantie“,⁸⁶ hatte sich nun zu bewähren, denn die von der SPD geforderten sofortigen Neuwahlen hätten eine „tödliche Gefahr“ bedeutet.⁸⁷ Hans-Dietrich Genscher agierte daher in enger Abstimmung mit Helmut Kohl, was um so wichtiger war, als die CSU keine Träne vergossen hätte, wenn die ungeliebten Liberalen im Boden der Bedeutungslosigkeit versunken wären. Genscher konnte und musste sich daher auf Kohls Zusagen verlassen, die dieser schon früh gemacht hatte: „In einer solchen Strategie traf sich das Überlebenskalkül der Union, Neuwahlen erst aus einer konsolidierten Regierungsposition heraus zuzulassen, um mit dem Rückenwind eines sicher erwarteten Wahlsieges in die volle Länge einer Legislaturperiode gehen zu können.“⁸⁸

Noch in der Pause nach Schmidts Rede entschied sich bei geheimer Abstimmung eine Mehrheit von 33 zu 18 in der FDP-Fraktion (bei einer Enthaltung)

84 Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 743.

85 Vgl. Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 704.

86 Helmut Kohl, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 96.

87 Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 22.

88 Ebd.

für Genschers Vorschlag, Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aufzunehmen. Es war bemerkenswert, dass zu diesem Zeitpunkt die Gegenstimmen verhalten blieben. Lediglich Günther Verheugen äußerte offene Kritik an Genschers Plan.⁸⁹ Auch die Linksliberalen in der Fraktion sahen, dass der Moment für Grundsatzdebatten nicht geeignet war. Entscheidender war es, jetzt stichhaltige Argumente gegen die von Schmidt in seiner Rede geforderten sofortigen Neuwahlen zu finden – für die Liberalen musste es zunächst darum gehen, Zeit für eine Selbstvergewisserung zu gewinnen.

Der Oppositionsführer Helmut Kohl wandte sich in seiner Replik gegen die bekanntlich bereits seit dem Juli durch den Raum geisternde These des „Königsmords“ und leistete der wechselbereiten FDP damit Schützenhilfe. Genscher konnte und wollte verständlicherweise nicht ausführlich auf die „Königsmord-Thesen“ eingehen. Er versuchte jedoch, seinen „Wendebrief“ als Versuch zu verteidigen, „einen gemeinsamen Weg zu zeigen“. Seine Rede ist dennoch als „glanzlos“⁹⁰ gewertet worden, aber es wäre wohl auch schwierig gewesen, eine andere Rede zu halten. Wie sehr die FDP jedoch in der Defensive steckte, zeigte nicht zuletzt die mit dem Mut der Verzweiflung ausgesprochene Versicherung, sie fürchte die Entscheidung der Wähler nicht.

Am Abend schwor Genscher Fraktion und Vorstand in langwieriger Überzeugungs- und Überredungsarbeit auf seinen Kurs ein. Wie schwierig das war, zeigten die Kommentare einiger Abgeordneter, die sich überrumpelt fühlten. Burkhard Hirsch bedauerte, man werde „zum Schafott geführt“ und wisse nicht warum. Der Abgeordnete Friedrich Hölscher beklagte, noch bis zum Morgen habe die sozial-liberale Koalition eine Mehrheit gehabt, aber „da oben herrschte Pokermentalität.“⁹¹

Am folgenden Tag, dem 18. September, fiel im Parteivorstand der FDP und in der Fraktion die Entscheidung für Koalitionsverhandlungen mit der Opposition. Allerdings fiel die Entscheidung ausgesprochen knapp aus, denn während 18 Mitglieder des Vorstands dafür plädierten, votierten 15 dagegen, und über die Frage möglicher Neuwahlen hatte Genscher sicherheitshalber lieber erst gar nicht abstimmen lassen. Entsprechend trugen die Koalitionsvereinbarungen und ein gemeinsames Dringlichkeitsprogramm der Regierung zu den Einsparungen und einer Konsolidierung der Staatsfinanzen deutlich die Handschrift der Freidemokraten.

Für die FDP ging es in den folgenden Wochen darum, die anhaltenden Attacken des ehemaligen Koalitionspartners abzuwehren, eine Aufgabe, die um so wichtiger war, als die Partei in der Wählergunst auch in den Vorjahren niemals weit entfernt von der Fünf-Prozent-Hürde gelegen hatte. Angesichts des Kurs-

89 Vgl. Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 252.

90 Ebd., S. 253.

91 Der Spiegel, Nr. 38, 20. September 1982, S. 23.

wechsels war zu befürchten, dass die enttäuschten Anhänger des sozialliberalen Kurses der FDP dauerhaft den Rücken zukehren würden – und auch diejenigen verunsicherten Wähler, die eine politisch-wirtschaftliche „Wende“ ohnehin eher der sich im Aufwind befindlichen CDU zutrauten.

Zunächst zahlte sich der Kurswechsel für die FDP tatsächlich nicht aus. Als Helga Schuchardt in der „Frankfurter Rundschau“ am 22. September verlauten ließ, die FDP-Führung habe „unter Mitnahme des Parteinamens die Partei verlassen“,⁹² sahen zahlreiche liberale Wähler dies offensichtlich ganz ähnlich. Es nützte wenig, dass die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zwei Tage später beklagte, die FDP erlebe jetzt „die volle Wucht eines linksgewirkten Medienkartells.“⁹³ Bei den Landtagswahlen in Hessen am 26. September, also nur zehn Tage nach dem Rücktritt der FDP-Minister, erreichte die FDP nur noch 3,1 Prozent – ein historischer Tiefpunkt.⁹⁴ Dennoch entschieden sich zwei Tage später, am 28. September, Vorstand und Fraktion in ganztägigen Beratungen, den Genscher-Kurs abzusegnen. Sicherlich war dies eine realpolitisch kluge Entscheidung, denn andere Lösungen hätten zweifellos den Zerfall der Partei mit sich gebracht, mit unabsehbaren Folgen selbst für die Anhänger der sozial-liberalen Koalition. Zwar waren die Gegner Genschers und Mischnicks wortgewaltig: Verheugen, Hirsch, Baum, Schuchardt, Matthäus-Meier, Hildegard Hamm-Brücher und Klaus Gärtner wandten sich vehement gegen die Wende und die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen. Dennoch quittierten die Befürworter des Wechsels das Ergebnis mit Erleichterung. 32 zu 20 Stimmen bei zwei Enthaltungen lautete das Votum. Noch etwas eindeutiger war das Ergebnis für Genschers Entscheidung zum Konstruktiven Misstrauensvotum. 34 zu 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen lautete hier das Ergebnis. Im Vorstand wurde es enger: hier wurde nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von 18 zu 17 Stimmen abgelehnt, für die Billigung der Koalitionsvereinbarungen erst einen für Mitte November einzuberufenden Sonderparteitag abzuwarten.

Dass sich der „Machtwechsel“ im Jahr 1982 mit einem Konstruktiven Misstrauensvotum am 1. Oktober ganz anders als 1969, nämlich „ohne Trommeln und Fanfaren“ und wie hinter einer „Milchglasscheibe“ vollzog,⁹⁵ lag daran, dass Genscher nicht viel Aufheben um den mit Kohl verabredeten Kurswechsel machen wollte, zumal innerhalb der Parteigremien der Schritt noch lange nicht ausdiskutiert war, die Partei vielmehr seit Monaten, nicht anders als die SPD, vom „Bazillus der Flügelkämpfe“⁹⁶ befallen war und die Freidemokraten gegenüber der CDU/CSU so gut wie kaum über Druckpotential ver-

92 Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 22. September 1982.

93 FAZ, 24. September 1982.

94 Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am Jahresende 1982 erhielten sie gar nur 2,6 Prozent.

95 Hermann Rudolph: Ohne Trommeln und Fanfaren, in: Die Zeit, 8. Oktober 1982.

96 Jäger/Link: Republik im Wandel, S. 233.

fügten, um liberale Positionen in ihren Verhandlungen durchzusetzen. Sie waren dem politischen Wohlwollen und Kalkül Kohls mehr oder weniger ausgeliefert. Als glücklichen Umstand konnte in der FDP-Chefetage lediglich erleichtert zur Kenntnis genommen werden, dass Kohl schon wegen der CSU an einer vollständigen Schwächung der FDP nicht interessiert war – eine ebenso demütigende wie desolote Situation. Wenig verwunderlich war, dass der ehemalige Regierungssprecher Bölling über die unkomfortable Verhandlungsposition der FDP herzog und davon sprach, dass Genscher, den er gar mit dem bösen Wort „Quisling“ assoziierte, jetzt in seiner eigenen Partei „zu Edeka-Discountpreisen“ gehandelt werde.⁹⁷ In den Debatten im Bundestag am 1. Oktober machten zahlreiche Anhänger der sozial-liberalen Koalition noch einmal mitunter indigniert ihre Position deutlich. Genscher hat es noch rückblickend als „bitter“ bezeichnet, dass in der Aussprache über das Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 im Bundestag außer Wolfgang Mischnick niemand aus der FDP-Bundestagsfraktion ein Wort zu seiner Verteidigung gefunden habe.⁹⁸

Wie prekär seine Lage war, zeigte sich, als der „Spiegel“ nicht einmal zwei Wochen nach dem Tag des Konstruktiven Misstrauensvotums ein sog. „Tagebuch“ des Staatssekretärs Klaus Bölling veröffentlichte, das hauptsächlich den Zweck hatte, die FDP des vermeintlichen „Verrats“ zu beschuldigen. Genscher figurierte hier als „Chargenspieler von Rang“ und Graf Lambsdorff als sein „prominenter Mittäter“.⁹⁹ In dieser Mischung aus Verbitterung und polemischer Attacke schien sich das schon oft beschworene Bild der FDP als „Umfaller“ ein weiteres Mal zu bestätigen. Schon Erich Mende hatte sich seit den Koalitionsverhandlungen 1961 mit diesem Etikett auseinandersetzen müssen, das nun, nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, geradezu „zum Stigma“ wurde.¹⁰⁰

Währenddessen sammelten sich in der FDP die Anhänger der sozialliberalen Koalition. Günther Verheugen war schon einige Tage vor dem Tag des Konstruktiven Misstrauensvotums zurückgetreten. Gleich vier Landesverbände beantragten einen Sonderparteitag, auf dem über Genschers Kurs diskutiert werden sollte. Selbst in der Bundestagsfraktion, in der der Vorsitzende über eine vergleichsweise hohe Zustimmung verfügte, prallten die Meinungen offen aufeinander. In den Fraktionssitzungen am 4. und 12. Oktober sahen sich die Befürworter eines Koalitionswechsels, also in erster Linie Genscher, Lambsdorff und Mischnick harten Angriffen ausgesetzt. Die Motive der Gegner wa-

97 Der Spiegel, Nr. 38, 20. September 1982, S. 18 bzw. 20.

98 Genscher: Erinnerungen, S. 462.

99 Klaus Bölling: Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch. Reinbek 1982, S. 23 und S. 69.

100 Dominik Geppert: Beharrung im Wandel: unionsdominierte Bundesregierungen, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz nach 60 Jahren. München 2008, S. 57–76, hier S. 65.

ren durchaus unterschiedlich und vermögen zu erklären, warum sich diese schließlich nicht durchsetzen konnten: Manche wie Verheugen befürchteten weniger die offenkundigen Veränderungen der Parteienlandschaft, die durch die Grünen – auch auf Kosten der FDP – entstanden und wollten diese eher durch das Aufgreifen der ökologischen Themen parieren.¹⁰¹ Andere protestierten gegen die „schlimme Intoleranz“ parteiinterner Gegner, man beklagte die „unerträgliche Kampagne“, die Genscher „politisch und moralisch zu ruinieren“ drohte und nur der „beispiellose(n) Diffamierungskampagne“ des ehemaligen Koalitionspartners diene.¹⁰² Die Befürworter eines Koalitionswechsels wiesen demgegenüber auf die tiefen Divergenzen hin, die selbst in den Reihen der Sozialdemokratie zu erkennen waren und die auch den Bundeskanzler bereits schwer beschädigt hatten. Eine konstruktive Zusammenarbeit der Gegner eines Koalitionsbruchs kam nicht zustande.

Dennoch beobachtete Graf Lambsdorff im November bei Genscher „Zeitpunkte wirklich tiefster Verzagtheit.“¹⁰³ Bis zu ihrem ordentlichen Parteitag, der vom 5. bis 7. November im Berliner Kongresszentrum stattfand, blieb die zerrissene FDP „von ihren inneren Gegensätzen gelähmt.“¹⁰⁴ Auf dem Berliner „Parteitag der Tränen“ fiel die Entscheidung denkbar knapp aus, obwohl der Koalitionswechsel in Bonn längst beschlossene Sache war. Genscher zeigte sich seinen parteiinternen Gegnern gegenüber unversöhnlich und erhielt 55 Prozent der Stimmen, sein Gegenkandidat, der stellvertretende Bundesvorsitzende Uwe Ronneburger, keine charismatische Persönlichkeit, 45 Prozent. Auch der Koalitionswechsel wurde nur mit einer hauchdünnen Mehrheit gebilligt: Während sich 181 Nein-Stimmen fanden, erhielt Genschers Kurs eine Zustimmung von 210 Stimmen. Das durchaus ehrenvolle Ergebnis für die „Verweigerer“ war für den langfristigen Zusammenhalt des fragilen Parteigefüges ein Vorteil, denn die Gegner des Wechsels konnten nun darauf verweisen, dass sie immer noch fast die Hälfte der Parteimitglieder repräsentierten. Bestärkt wurden sie dadurch, dass der Genscher-Kritiker Gerhart Baum, der durchgehend bemängelt hatte, der Koalitionswechsel sei ungenügend vorbereitet und beraten worden, nun zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Er konnte auf diese Weise seinem Wunsch nachkommen, unabhängig vom Koalitionspartner das zu verfechten, was er als „liberale Identität“ verstand und sicherlich einige Zweifler von einem Parteiaustritt abhalten.

Der Aderlass war dennoch beträchtlich: Zahlreiche herausragende FDP-Politiker kehrten der Partei nun endgültig den Rücken, unter ihnen Ingrid Mat-

101 Günter Verheugen, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 225.

102 Archiv des Liberalismus (AdL), Fraktionssitzungen der FDP, Bestand Mischnick A 41-74.

103 Otto Graf Lambsdorff, in: Schell: Die Kanzlermacher, S. 24.

104 Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 23.

thäus-Maier, die noch in Berlin ihren Rücktritt erklärte. Von Schoeler, Verheugen und Schuchardt folgten bald. Diese Prominenz bildete jedoch „nur die Spitze des Eisbergs.“¹⁰⁵ Die Zahl der Mitglieder sank bis 1983 auf nur noch knapp über 70.000, nachdem die Partei noch zwei Jahre zuvor 86.000 Mitglieder in ihren Reihen gehabt hatte.¹⁰⁶ Es waren diejenigen Freidemokraten, bei denen der Wertewandel in der Bundesrepublik die tiefsten Spuren hinterlassen hatten: Die Liberalisierung, die Pluralisierung der Lebensformen und die Individualisierung verstanden sie als liberale Kernbekenntnisse, die sie in der neuen Koalition nicht wiederzufinden glaubten. Allerdings war es paradoxerweise gerade der Individualismus, der Liberale gemeinhin kennzeichnet, der eine faktische Sezession verhinderte. Die Ende November in Bochum erfolgende Gegengründung der „Liberalen Demokraten“ blieb ein Übergangsphänomen, das ohne herausragende Persönlichkeiten als Zugpferde (und ausgerechnet William Borm als Ehrenvorsitzenden) als linksliberale Splitterpartei keine sichtbaren Spuren hinterließ und wieder in der Versenkung verschwand.¹⁰⁷

Damit hatte die FDP die „schwerste innenpolitische Zerreißprobe“¹⁰⁸ ihrer Geschichte erfolgreich überwunden. Die neue Regierung hatte sich zwar nicht auf sofortige, aber auf baldige Neuwahlen verpflichtet. Letztlich ging das parteipolitische Kalkül der Liberalen auf. Bei den Bundestagswahlen 1983 erhielten sie mit 10,6 Prozent der Stimmen ihr drittbestes Ergebnis ihrer Geschichte. Der Erfolg war nicht zuletzt dreien ihrer Repräsentanten zu verdanken: „Genscher mit seinem klaren Koalitionsbekenntnis, Baum, der die Reformliberalen bei der Partei gehalten habe und Lambsdorff, dem man in erster Linie die Gewinnung von CDU-Wählern“ zuschrieb.¹⁰⁹ Eine Haushaltskonsolidierung erschien inzwischen angesichts der wirtschaftlich düsteren Lage noch dringlicher. Schon wenige Tage nach der Neukonstituierung der christlich-liberalen Koalition hatte eine aktualisierte Steuerschätzung ein Loch im laufenden Etat von 5,4 Milliarden DM vorhergesagt – eine Prognose, die bei der FDP sofort den Verdacht auslöste, ob nicht in dem zuvor von der SPD gestellten Bundesfinanzministerium die bisherigen Zahlen geschönt gewesen waren. Wie dem auch sei: Die Erwartung der Wähler an die neue Regierung war, dass

105 Ebd.

106 Daniela Gniss: Freie Demokratische Partei, in: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilbd. 3: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien, Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Düsseldorf 2005, S. 97f.

107 Burkhard Gutleben: Linksliberale Splitterparteien im 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Liberalismusforschung 4 (1992), S. 217–228.

108 Vorländer: Die Freie Demokratische Partei, S. 285.

109 Helmut Kistler: Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945–1983. Bonn 1990, S. 388.

sich der Staat langfristig auf die Herstellung günstiger Rahmenbedingungen für Investitionen beschränken, sich aber ansonsten aus der Wirtschaft stärker heraushalten solle.

Beim „Abschied vom Provisorium“¹¹⁰ blieben die wirtschaftspolitischen Initiativen der neuen Regierung begrenzt. Sie stand unter einem unmittelbaren Erfolgsdruck, den sie wohl kaum erfüllen konnte: Der zaghafte Rückzug des Staates geschah unter scharfen gesellschaftlichen Protesten gegen den vermeintlichen „Sozialabbau“, obwohl es zu diesem angeprangerten grundsätzlichen Umbau des sozialen Sicherungssystems schließlich gar nicht kam.¹¹¹ Das Dilemma bestand darin, „einen neuen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Kurs zu wollen und auch zu verkünden, ihn aber wegen der übernommenen Haushaltsmisere und den dringend erforderlichen Reparaturarbeiten nicht in die Tat umsetzen zu können.“¹¹²

Zwischen den liberalen Wünschen nach Subventionsbegrenzungen, Mehrwertsteuererhöhungen und einem Moratorium einer Rentenanpassung geriet das große Reformvorhaben schneller aus dem Blick als erhofft. Während die Band „Geier Sturzflug“ mit dem Refrain „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt“ 1983 einen Nummer-Eins-Hit in den Charts landete, sah die Realität weniger spektakulär aus, zumal es niemals konsequent zu der angekündigten Rückkehr zum Neoliberalismus kam und die Historiker bis heute uneinig sind, ob der Regierungswechsel in wirtschaftspolitischer Hinsicht als Zäsur gewertet werden kann.¹¹³ Im Atmosphärischen jedenfalls schien sich zunächst wenig zu ändern, ganz im Gegenteil: Sarkastisch bemerkte der „Spiegel“ schon wenige Monate nach Amtsantritt der neuen Koalition, die Dialoge im Kanzleramt begännen „jenen aus der Schmidt-Zeit gespenstisch zu ähneln, zu einem ewigen Gezeter um Etatkleinkram zu verkommen.“¹¹⁴

Die Wende stieß neben den massiven gesellschaftlichen Vorbehalten auf bürokratische Beharrungskräfte und blieb auf halbem Weg stecken. Die eher „formelhaft“ auf Modernisierung, Liberalisierung und Strukturwandel angelegte Politik sollte sozialverträglich umgesetzt werden. Diese Leitlinie führte dazu, dass sich die christlich-liberale Koalition trotz der postulierten Neuorien-

110 Wirsching: Abschied vom Provisorium.

111 Vgl. grundsätzlich Manfred G. Schmidt (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 7: Bundesrepublik Deutschland 1982–1989. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform. Baden-Baden 2005.

112 Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 28.

113 Zu den historiographischen Debatten und Ansichten vgl. Günther Schulz: Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Regierungswechsel 1982. Eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik?, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Köln u. a. 2010, S. 3–14, bes. S. 11f.

114 Der Spiegel, Nr. 42, 18. Oktober 1982, S. 18.

tierung kaum von der Vorgängerregierung unterschied. Eine Mehrheit in der Koalition akzeptierte offensichtlich im Kern „die beschleunigten Prozesse gesellschaftlicher Individualisierung“ oder hielt „ihre Umkehr für politisch nicht durchsetzbar.“¹¹⁵ Faktisch erschöpften sich die Wirtschaftsinitiativen in eher „halbherzigen Maßnahmen“ zur Begrenzung der Staatsaufgaben und zur Deregulierung der Wirtschaftsbereiche von Post und Telekommunikation.¹¹⁶ Dass am Ende der 1980er Jahre die Staatsquote wieder auf ein erträglicheres Maß von 44,5 Prozent und die Arbeitslosenzahl ebenfalls erheblich, nämlich auf 1,8 Millionen, gesunken war, hatte mit globalen Entwicklungen zu tun. Die Regierungskoalition profitierte von jenem bald einsetzenden allgemeinen Wirtschaftsaufschwung, der mit sinkenden Energiepreisen einherging und die Rezessionsphase der Ölkrisezeit endgültig beendete.

115 Andreas Wirsching: „Neoliberalismus“ als wirtschaftlich-politisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Werner Plumpe/Joachim Scholtyseck (Hg.): *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012, S. 139–150, hier S. 148f.; Christoph Boyer: Zwischen Pfadabhängigkeit und Zäsur. Ost- und westeuropäische Sozialstaaten seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen 2008, S. 103–119.

116 Werner Plumpe: *Industrieland Deutschland 1945 bis 2008*, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 379–404, hier S. 401.